



## Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 17/2012  
Dezember 2012

### Liebe Leserinnen und Leser,

es ist, als ob das Jahr Flügel gehabt hätte, so schnell ist es vergangen. Nun gilt es, auszuruhen, um Kraft für das neue Jahr zu sammeln.

Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien, Freunden, aber vor allem denen, denen es gerade nicht so gut geht, ein friedliches, frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein glückliches und gesundes Jahr 2013.

Herzliche Grüße,

Ihre Antje Tillmann



### Workshop für junge Medienmacher im Bundestag

Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland mittlerweile zum zehnten Mal 30 junge Journalistinnen und Journalisten zu einem Workshop nach Berlin ein.

Eine Woche lange haben die Jugendlichen die Chance, hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt zu blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, lernen Hauptstadt-Journalisten kennen, diskutieren mit Abgeordneten, besuchen Plenarsitzungen und erstellen eine eigene Veranstaltungszeitung.

Für den Workshop vom 17. bis 23. März 2013 können sich Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren bis zum 15. Januar 2013 beim Bundestag anmelden.

### Endlich ernstzunehmende Rentenerhöhung

Laut Rentenversicherungsbericht ist die Rentenkasse zum Jahresende 2012 mit 29,4 Mrd. Euro äußerst gut gefüllt. Dies entspricht 1,69 Monatsausgaben. Zum Ende des Jahres 2011 hatte die Nachhaltigkeitsrücklage noch 5,3 Mrd. Euro weniger betragen.

Trotz der Beitragssenkung zum Jahresbeginn haben sich die Einnahmen der Rentenversicherung besser entwickelt als erwartet. Als Grund dafür wird vor allem die positive wirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundenen deutlich gestiegenen Beitragseinnahmen gesehen.

Der Beitragssatz sinkt entsprechend den gesetzlichen Regeln zum 1. Januar 2013 von 19,6 Prozent auf 18,9 Prozent. Dadurch werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils um 3,2 Mrd. Euro entlastet.

Gleichzeitig können die Rentnerinnen und Rentner in den alten Bundesländern bis 2016 nach derzeitigen Schätzungen mit einem Plus von 8,5 Prozent, in den neuen Ländern sogar mit einem Plus von 11,55 Prozent rechnen. (Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

### Bündnispflichten gegenüber dem Nato-Partner Türkei

Der Bundestag hat mit großer Mehrheit dem Antrag der Bundesregierung zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der Türkei zugestimmt. Damit können Flugabwehrraketensysteme des Typs Patriot und bis zu 400 Bundeswehrsoldaten zum Schutz vor Angriffen aus Syrien in das Nato-Partnerland geschickt werden.

Es handelt sich dabei um eine ausschließlich defensive Maßnahme, die als Mittel militärischer Abschreckung verhindert, dass sich der Konflikt innerhalb Syriens auf die Türkei ausweitet. Der Einsatz dient nicht der Einrichtung oder Überwachung einer Flugverbotszone über syrischem Territorium. Einsatzgebiet ist das Staatsgebiet der Türkei. Die bodengebundene Luftverteidigung wird nicht in den syrischen Luftraum hinein wirken.

### Friedensnobelpreis für die Europäische Union

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union ist auch eine Verpflichtung. Sie ist Ehrung für die vergangenen 60 Jahre, aber auch Aufgabe für die Zukunft. Denn nur gemeinsam sind wir stark in Europa!

## Änderung des Bundeswahlgesetzes

Die Unions-Fraktion ändert gemeinsam mit FDP, SPD und den Grünen das Bundeswahlgesetz.

Dies war nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts notwendig geworden.

Die Änderung hält am bewährten System der personalisierten Verhältniswahl fest, d.h. mit der Erststimme wird weiterhin der Direktkandidat gewählt und mit der Zweitstimme die Partei. Verändert wird urteilsgemäß das sogenannte negative Stimmgewicht. Alle Direktmandate sind zukünftig auch durch Zweitstimmen unterlegt, so dass Überhangmandate ab der nächsten Wahl vollständig ausgeglichen werden.

---

## Bundesbericht Forschung und Innovation 2012

Der Bericht zeigt, dass die bis 2005 andauernde Forschungsflaute durch den Einsatz der unionsgeführten Bundesregierung überwunden werden konnte.

Deutschland ist seinem Ziel, 3 Prozent seines Bruttoinlandproduktes für Forschung und Entwicklung aufzuwenden mit 2,82 Prozent 2010 sehr nahe gekommen und gehört damit zur internationalen Spitzengruppe.

In Thüringen lagen die Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung bei 2,05 Prozent des Bruttoinlandproduktes des Freistaat.

In der Bundesrepublik wurden 2010 erstmals mehr als 70 Mrd. Euro in diesem Bereich investiert.

Allein die Ausgaben des Bundes konnten von 9 Mrd. Euro im Jahr 2005 auf 13,7 Mrd. Euro im Jahr 2011 - also um etwa 50 Prozent - gesteigert werden.

---

## Beschneidung eines männlichen Kindes

Das Gesetz zur Beschneidung von Jungen gewährleistet sowohl das Kindeswohl als auch das Leben religiöser Traditionen. So ist etwa die Beschneidung des männlichen Säuglings am achten Tage nach der Geburt ein wichtiger Bestandteil jüdischer Tradition und wird weltweit praktiziert.

Für die Wiederbegründung und den Fortbestand jüdischer Gemeinden in Deutschland ist es wichtig, dass diese Tradition weiter Bestand hat.

Jedoch darf auch das Kindeswohl nicht außer Acht gelassen werden. Mit dem Gesetz hat die Union eine umsichtige Regelung beschlossen: Wenn die Regeln der ärztlichen Kunst befolgt werden, wenn im konkreten Einzelfall das Kindeswohl nicht gefährdet ist und wenn der Eingriff mit einer möglichst effektiven Schmerzbehandlung verbunden wird, dann soll er weiterhin auch für nicht einsichts- und einwilligungsfähige Kinder erlaubt bleiben.

Trotzdem wünsche ich mir eine Diskussion innerhalb der Religionsgemeinschaften, wie man Kinder besser vor medizinisch bedenklichen Maßnahmen schützt.

## Keine Einigung im Vermittlungsausschuss

Im Vermittlungsausschuss hat die SPD endgültig ihr soziales Programm verraten. Nicht nur, dass sie als Gegenfinanzierung für die verfassungsmässig gebotene Grundfreibetragerhöhung die Erhöhung des Eingangsteuersatzes gefordert hat und damit die Freistellung des Existenzminimums bei Geringverdienern zunichte machen wollte.

Gleichzeitig hat sie auch den Abbau der kalten Progression abgelehnt: Jeder Arbeitnehmer, der sich über eine Lohnerhöhung freuen könnte, verdankt der SPD, dass davon wegen des höheren Steuertarifs nicht viel übrig bleibt.

Die Steuerhinterzieher können aufatmen: Dank der Ablehnung des Schweizer Doppelbesteuerungsabkommens durch die SPD brauchen sie nun auch 2013 keine Steuern zu zahlen.

Auch stellen die Sozialdemokraten immer ihr ökologisches Gewissen heraus. Das hindert sie aber nicht daran, die energetische Gebäudesanierungsförderung, die sowohl DGB als auch Handwerksverbände unterstützen, abzulehnen.

---

## Hexenhäuschen basteln mit den Kindern aus dem Freizeittreff im Stadtteilzentrum Moskauer Straße

Passend zur Vorweihnachtszeit wurden kleine Hexenhäuschen aus Keksen und Zuckerguss gebaut und mit Gummibärchen, Smarties und Lakritz verziert. Neben den Süßigkeiten konnte ich noch eine Kiste Äpfel mitbringen, gesponsert von den Thüringer Apfelbauern. Über das Angebot von Herrn Lissner (Landesverband Gartenbau Thüringen), in der süßen Vorweihnachtszeit etwas Gesundes zu schenken, haben sich die 6-14 jährigen Kinder im Freizeittreff sehr gefreut.



Antje Tillmann beim "Verkleben" der beiden Dachhälften des Hexenhäuschens

---

## Impressum

Antje Tillmann, MdB

antje.tillmann@wk2.bundestag.de

Redaktion: Sören Grumptmann, 14. Dezember 2012